

Haushaltsrede 2012 des Vorsitzenden der CDU - Fraktion im Rat der Stadt Rheine, Udo Bonk

Sperrfrist; 27. März 2012, 17:00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

**Frau Bürgermeisterin,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,
liebe Bürgerinnen und Bürger.**

**„Wir sind noch einmal davon gekommen“, so könnte die
Überschrift über den Haushalt 2012 lauten. Wir sind noch einmal
davon gekommen, weil sich die Eckdaten des Haushaltes in der
Zwischenzeit, von der Einbringung bis heute, wesentlich verändert,
ja verbessert haben.**

**Es ist in erster Linie die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in
Deutschland, die zu einer deutlichen Erhöhung der
Steuereinnahmen führt und somit die Schere zwischen den Ein- und
Ausgaben etwas mehr schließen lässt. Die Verbesserungen gelten
für alle Arten der Steuereinnahmen und Abgaben unseres
Haushaltes.**

**Wenn wir in diesem Jahr noch einmal davon gekommen sind, dann
bezieht sich diese Aussage einzig und allein darauf, dass wir mit
den angesprochenen finanziellen Verbesserungen nur den
maßgeblichen Schwellenwert zur Vermeidung eines
Haushaltssicherungskonzeptes unterschritten haben.**

**Und letztlich auch nur deshalb, weil wir in Absprache mit der
Geschäftsführung der Stadtwerke GmbH die für 2014 geplante
Sonderausschüttung von 1.000.000 € auf das Jahr 2012 vorgezogen
haben.**

**Wir bewegen uns mit dem hier zur Abstimmung anstehenden
Haushalt 2012 nach wir vor an der sehr kritischen Grenze zur
Haushaltssicherung. Konjunkturelle Einbrüche bei Steuern und
Abgaben und ggfs. Kostenexplosionen bei Sozialhilfeleistungen
können uns sehr schnell wieder aus dieser trügerischen Sicherheit
herausholen.**

**Unser Ziel kann daher nur die Konsolidierung des Haushaltes sein.
Das bedeutet, den Gürtel enger zu schnallen und dafür die**

Verantwortung zu übernehmen, auch unpopuläre Maßnahmen durchzusetzen.

Wir können es der nachfolgenden Generation nicht überlassen, die Schuldenlast der Stadt Rheine alleine zu tragen.

Es gibt zu den Einsparbemühungen im städtischen Haushalt keine Alternative. Es sei denn: Die Stadt Rheine findet sich mit der gesetzlichen Maßnahme einer Haushaltssicherung ab. Dann würden erheblich gravierendere Entscheidungen und Maßnahmen per Staatsaufsicht wirksam werden. Deshalb ist es besser „freiwillig“ Sparmaßnahmen umzusetzen, bevor das Zwangspaket geschnürt wird.

Der Begriff „Sparen“ ist für die Darstellung unseres Haushaltes aber eigentlich falsch.

Nach „Wikipedia“ bedeutet sparen: „Sparen ist das Zurücklegen momentan freier Mittel zur späteren Verwendung“.

Wir aber, legen mit einem „Sparhaushalt“ keine verfügbaren Mittel für die Zukunft zurück. Wir wollen mit unseren begrenzten Bemühungen, nur die Höhe des jährlichen Defizites einschränken. Jedermann weiß, dass wir nicht ungestraft Jahr für Jahr mehr Geld ausgeben können und dürfen, als wir durch Einnahmen verfügbar haben.

Von einem finanziell ausgeglichenen Ergebnis-Haushalt sind wir für 2012, aber auch für die Folgejahre, weit entfernt. Und die Auswirkungen dieser strukturellen Unterfinanzierung hat dramatische Folgen:

Was wir jetzt machen, ist die drastische Verringerung des Eigenkapitals, und diese Entwicklung wird sich noch bis 2014 erheblich verschlechtern.

Das heißt, wir verbrauchen die finanziellen Ressourcen unserer Kinder.

Besonders in NRW ist die Lage der Kommunen schlecht. Das hat etwas mit der finanziellen Grundausstattung des Landes für seine Kommunen zu tun. Alle Landesregierungen – egal wer gerade die politische Verantwortung trägt – statten die Kommunen nicht mit den erforderlichen Finanzmitteln aus. Allerdings statten Länder wie

Bayern, Baden-Württemberg oder Niedersachsen ihre jeweiligen Städte und Gemeinden erheblich besser aus.

Das Land NRW hat selber erhebliche Finanzdefizite, deshalb werden die Finanzmittel, die an die Kommunen als sogenannte Schlüsselzuweisungen herausgegeben werden, in erster Linie umverteilt: Von den kleinen Städten und den Kreisen – an die großen Städte in Ballungsgebieten, vom Münster- und Sauerland ins Ruhrgebiet. Dabei stellt diese gelenkte Umverteilung die Ballungsräume nicht wirklich besser.

Die Wirkung ist die, dass immer mehr – auch finanziell solide aufgestellte Kommunen - nahe am Finanzabgrund landen. Eine deutliche Verbesserung – Verstärkung der kommunalen Finanzen wäre notwendig, keine Umverteilung.

Allein für 2012 müssen wir bei den Schlüsselzuweisungen des Landes mit einem Minus von 4,2 Mio. € gegenüber 2011 rechnen. 4,2 Mio € weniger Geld für Rheine? Wie sollen wir in unserem Haushalt dagegen ansparen? Das ist deutlich mehr, als wir an echten Mehreinnahmen durch Steuern erwirtschaften. Deshalb ist es wichtig und richtig, dass sich viele Städte und Gemeinden in NRW gegen eine solche sogenannte „Reform“ der Kommunalfinanzen politisch aber auch rechtlich wehren. Derjenige der spart und solide plant, kann und darf nicht der Dumme sein.

Das Land NRW hatte weitere Änderungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes beabsichtigt. Nach den Vorstellungen von Rot-Grün auf Landesebene war vor allem der ländliche Raum, so auch das Münsterland, von dieser Neuordnung negativ betroffen. Bleibt zu hoffen, dass eine neue Landesregierung endlich die Reform der Kommunalfinanzen aufgreift. Wir brauchen eine echte Reform und nicht nur eine Umverteilung, um die wirklichen Probleme vor Ort beheben zu können.

Es kann nicht sein, dass etliche Sparbemühungen durch immer neue Gesetze und Verordnungen des Landes aufgezehrt werden.

Kritische Anmerkungen sind auch seitens der Städte und Gemeinden gegenüber der Bundesregierung angesagt. Der Gesetzgeber hat über viele Jahre Gesetze und Verordnungen erlassen, deren Umsetzung den Kommunen übertragen wurde, ohne die dafür erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Die sogenannten Sozialkosten der kommunalen Familie (Kreise und Kommunen) sind geradezu explodiert.

Hier sind vor allem die Kosten für die Grundsicherung im Alter, die Unterkunftskosten für sogenannte Hartz IV-Empfänger und vor allem die Kosten der wirtschaftlichen Jugendhilfe und die der Kinderbetreuung zu nennen. Auch gegen diese Kostenexplosionen, die mehr als 5 Mio. Euro für die Stadt Rheine ausmachen, kann keine Gemeinde ansparen. Deshalb haben wir uns auch ganz klar in einer Resolution an den Bund gewandt, hier mit einer verbesserten Finanzausstattung den Kommunen zu helfen. Mit der stufenweise Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter hat es hier ein erstes positives Signal gegeben. Weitere Beschlüsse und Schritte sind aber auch hier notwendig.

Der nächst-größere Brocken an Mehrbelastungen wird durch die Kreisumlage, die auch die Landschaftsumlage beinhaltet, verursacht.

Auch hier sind die explodierenden Sozialleistungen der Grund für erhebliche Belastungen der Kommunen.

Aber es gibt nicht nur eine „Verantwortlichkeit“ bei den Finanzen bei denen da „Oben“. Auch wir vor Ort in den Kommunen müssen unseren Teil der Verantwortung tragen. Kritisch muss angemerkt werden, das nicht immer über die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit einzelner Projekte und Maßnahmen genug nachgedacht wurde. Ich glaube, der Bürger versteht sehr wohl, dass nur dann Geld ausgegeben werden darf, wenn die Bedarfe nachhaltig geprüft worden sind.

Als Beispiel hierfür nenne ich die zunächst angedachte Konzeption für die „soziale Stadt Dorenkamp“. Das völlig überdimensionierte Konzept musste den finanziellen Realitäten angepasst werden. Gott sei Dank hat auch die damalige Rot-Grüne-Landesregierung dieses genau so gesehen, wie CDU, FDP und AfR vor Ort.

Erfreulicher Weise ist dennoch ein großer politischer Konsens in Rheine zustande gekommen. Denn eines ist klar: Nur mit einem konstruktiven Zusammenwirken von Rat und Verwaltung, unter Mitnahme vieler politischen und gesellschaftlichen Akteure, kann es gelingen, Rheine – trotz aller erkennbaren Finanzprobleme - für die Zukunft fit zu machen.

Eigentlich hatte ich nicht vor, in meiner Rede auf die anderen Parteien im Rat der Stadt Rheine einzugehen, auch wenn Einige das von mir erwarten. Ich gehe nämlich davon aus, dass alle Ratsmitglieder angetreten sind, zum Wohle der Stadt Rheine aktiv

tätig zu sein, so wie sie es in ihrem Eid geschworen haben. Auch ihre Probleme muss eine Partei alleine lösen, da wären "gut gemeinte Ratschläge" völlig fehl am Platze.

Einzig und alleine bei den Grünen hat man den Eindruck, das nicht Sachverstand, sondern Populismus und Profilierungssucht im Vordergrund stehen. Wie sonst soll man z.B. den Antrag verstehen, die Einrichtung Safe&Co aufzulösen, obwohl jeder Bürger weiß, dass gerade diese Einrichtung eine gute Arbeit für die Bürger leistet und zur Sicherheit in unserer Stadt beiträgt.

Etliche Anregungen und Gedanken für den Haushalt 2012 sind aus der Bürgerschaft gekommen, dafür bedanken wir uns.

Wichtig ist aber, dass diese Vorschläge auch nachhaltig und ausgewogen diskutiert werden.

Wir werden daher alle städtischen Leistungen nochmals auf dem Prüfstand stellen

Gegenüber dem Entwurf der Bürgermeisterin und des Kämmers sind bis heute durch die politischen Beratungen nur marginale Veränderungen einbracht worden. Ich nenne hier nur zwei Beispiele:

- a) Zunächst die Chemie-Klassenräume am Emsland-Gymnasium. Generell ist hier anzufügen, dass mit rund 35 Jahren das Emsland-Gymnasium inzwischen „in die Jahre“ gekommen ist. Wir, die CDU - Fraktion, haben uns vor Ort mit den räumlichen Verhältnissen und schulischen Rahmenbedingungen befasst und mit der Schulleitung gesprochen. Wir halten es für dringend erforderlich, dass für die notwendigen Sanierungsarbeiten an dieser Schule ein mittelfristiges Rahmenkonzept erstellt wird.**
- b) Das Landesprogramm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ hat durch das Bildungs- und Teilhabepaket bei der Stadt, zu 44.000 € Minderaufwendungen geführt. Hier müssen wir für die Zukunft allerdings anmerken, dass durch die Inanspruchnahme der Über-Mittag-Betreuung im offenen und gebundenen Ganztage mit zusätzlichen Kosten für die Zukunft zu rechnen ist. Ich darf in diesem Zusammenhang auf den heutigen Antrag der CDU / FDP - Fraktion verweisen, der gerade beschlossen worden ist.**

Lasen Sie mich noch auf die Investitionsplanung für das Jahr 2012 eingehen:

- 1.) In den letzten Jahren haben wir erhebliche finanzielle Mittel in die Sanierung, Ersatzausstattung und Erweiterung bestehender Schulen gesteckt. Das war nicht nur sachgerecht, sondern auch notwendig. Investitionen in die Bildung unserer Kinder – sind Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Da nenne ich beispielhaft: Die Sanierung und Erweiterung des Kopernikus-Gymnasiums, den Neubau der Sporthalle an der Gesamtschule, die Erweiterung der Don-Bosco-Schule in Mesum, den Medien-Entwicklungsplan an den Grundschulen und die EDV – Ergänzungen an vielen Schulen.**
- 2.) Im Kulturbereich stehen für 2012 – nach den vielen Großprojekten der letzten 5 Jahre - keine größeren Investitionen an. Allerdings müssen wir uns in den nächsten Jahren im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung über die Archivierung der Museumsbestände und des Stadtarchivs kümmern.**
- 3.) Im Sportbereich ist ein Grundstein für die Anlegung eines ersten Kunstrasenplatzes in Rheine gelegt worden.**
- 4.) Die weitere Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen gehört zu den wichtigsten Projekten der Stadt. Zur Erfüllung des gesetzlich garantierten KITA-Anspruches für über 3-jährige Kinder und zur Verbesserung der sogenannten U-3-Betreuung stehen vor allem in den Stadtgebieten links der Ems noch erhebliche Ausbau- und Ersatzmaßnahmen an.**
- 5.) Im Bereich des Rettungswesens und der Feuerwache wird in 2012 der Grunderwerb für den Neubau einer Feuerwache rechts der Ems gesichert werden. Auch verkehrliche Verbesserungen an der Feuerwache links der Ems sind notwendig.**
- 6.) Die Investitionen in städtische Tiefbaumaßnahmen sind in den letzten Jahren deutlich herunter gefahren worden. Dabei werden wir uns in Zukunft um die Sanierung von Straßen und Brücken besonders zu kümmern haben. Aktuell steht die Herstellung der Straßen in Neubau- und Siedlungsgebieten im Vordergrund. Ebenso sind Lückenschließungen im**

Radwegenetz in Planung und Umsetzung. Beispielhaft nenne ich hier die Bergstraße und die Bürgerradwege in Richtung Dreierwalde und Rodde.

- 7.) Investitionsschwerpunkte in 2012 sind die Baumaßnahmen am Tunnelausgang der Bahn zur Lindenstraße hin, die Entwicklung und Umsetzung des Innovationsquartiers an der Lindenstraße sowie die Baureifmachung und Erschließung in Rheine R. Erfreulich ist die gute Resonanz in der Wirtschaft zur Grundstücksnachfrage im Innovationsquartier. In der 2. Hälfte des Jahres 2012 beginnt dann auch die Vermarktung zu Rheine R.**
- 8.) Die Planung, Ausweisung und Erschließung neuer GI-Gebiete ist eine wichtige, zentrale Zukunftsaufgabe für die Stadt Rheine. Hier stehen weitere Grundsatzentscheidungen zu Holsterfeld und im Baarentelgen an.**

Lassen Sie mich jetzt noch einen Ausblick zu weiteren, noch nicht für den Haushalt 2012 wichtigen zentralen Projekten der Stadt Rheine machen:

Der Verbleib um den Standort der Bundeswehr in Bentlage hat uns alle in den letzten Monaten stark gefordert. Rheine war der zweitgrößte Garnisonsstandort in der Bundesrepublik. Die Schließung der Kasernen in Gellendorf, Eschendorf und auf dem Dorenkamp, hat uns bereits stark getroffen. Jetzt droht uns die Schließung der letzten Kaserne in Bentlage. Dann gehört die „Bundeswehr“ nur noch zur Geschichte der Stadt. Es gibt gute Gründe, dass wir an dem Konzept zur Fortführung der Bundeswehr in Rheine festhalten. Nicht nur wirtschaftliche Fakten sprechen für Rheine. Die Menschen in dieser Stadt stehen zur Bundeswehr und zu ihren Soldaten. Das hat in beeindruckender Weise auch die Veranstaltung in der Stadthalle gezeigt. Die aktiven Soldaten, aber auch ehemalige Soldaten, fühlen sich wohl in Rheine. Sie engagieren sich vielfältig in der Kommunalpolitik, den Vereinen und Organisationen, sie gehören einfach zum Stadtbild. Ich weiß, wovon ich rede, denn als ehemaliger Berufssoldat wohne ich nun schon Jahrzehnte in Rheine, habe mich immer sehr wohl gefühlt und bin mit einer Rheinenserin seit 45 Jahren glücklich verheiratet. Es macht mich sehr betroffen, wenn auch in der letzten Kaserne in Rheine die Lichter ausgehen sollen.

Wir hoffen und erwarten daher, dass der Bundesminister der Verteidigung, der ja am 19. April 2012 nach Rheine kommt, seine Entscheidung überdenkt.

Unser besonderer Dank gilt an dieser Stelle dem Landrat Kubendorff, Dr. Sommer und dem Vorsitzenden des Regionalrates, BM Rauen, aus Wettringen.

Diesen Schulterschluss mit Kreis, Regionalrat und der Stadt Rheine und das herausragende Engagement der Beteiligten kann man nur als beispielhaft bezeichnen.

Dennoch ist die hier anstehende Entscheidung nicht nur eine Frage der Nachfolgenutzung für bestehende Kasernenflächen. Es geht um mehr als um neue Nutzungen für die General-Wever-Kaserne, die Damloup-Kaserne und die Theodor-Blank Kaserne. Es geht um die Menschen in dieser Stadt, die von und mit der Bundeswehr leben. Es geht um die Wirtschaftskraft dieser Stadt und um die Zukunftsfähigkeit von Rheine. Unabhängig wie die Entscheidung endgültig ausgeht, wir müssen uns in Rheine für die Zukunft neu aufstellen und Perspektiven für die Zukunft der Stadt entwickeln.

Die CDU-Fraktion hat dazu bereits einen Antrag in den Rat eingebracht, der Gedanken für ein solches Innovationskonzept zum Inhalt hat. Wir müssen dazu miteinander in einen Dialog kommen und die Bevölkerung und die Wirtschaft, den Handel und das Handwerk mitnehmen.

Eine zentrale Bedeutung für die Stärkung des Wirtschaftsraumes Rheine, der Einkaufstadt Rheine für das Umland, hat das Privatwirtschaftliche Projekt der Emsgalerie, im Zentrum unserer Innenstadt, direkt an der Ems. Dieses geplante Einkaufszentrum soll neue Kunden akquirieren und neue Märkte für den gehobenen Standard erschließen. Wir werden als politische Vertreter dieser Stadt aktiv an der Umsetzung und Gestaltung dieses Projektes mitwirken.

Deshalb sind die aktuellen Pläne zur Neugestaltung und gemeinsamen Abstimmung eines Stadtmarketings von hoher Bedeutung. Wir wollen nach der Fassung des Grundsatzbeschlusses alle Akteure ermutigen, die konzeptionellen und organisatorischen Vorschläge aus dem Gutachten umzusetzen.

Rheine gehört NRW-weit zu den kommunalen Vorreitern in Sachen Klimaschutz. Daran wollen wir weiterarbeiten. Eine besondere Aufgabe haben wir dabei den Stadtwerken, aber auch der EWG mit

den Partnern der Windwest-Initiative zugedacht. Der Klimaschutz gehört zu den zentralen Zukunftsaufgaben der Stadt.

Von zentraler Bedeutung ist auch die anstehende Diskussion um die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für Rheine. Der auf Landesebene herbeigeführte Kompromiss zum Schulkonsens wird auch Auswirkungen auf die Schulstruktur in Rheine haben. Die CDU-Fraktion wird mit Offenheit und Sachlichkeit, unter Einbindung der Eltern und Schulen die Diskussion führen – um dann rechtzeitig für das Schuljahr 2013/2014 Entscheidungen zu treffen. Im Mittelpunkt aller Diskussionen und Entscheidungen steht die Zukunftsfähigkeit – Bildung unserer Kinder.

Zurück zum Haushalt 2012:

Wir danken der gesamten Verwaltung, an der Spitze der Bürgermeisterin und dem Kämmerer, für die guten Vorarbeiten. Wir danken für die sachliche Diskussion in den Fachausschüssen und hier im Rat.

Die CDU-Fraktion wird den vorgelegten Haushaltsplan und der mittelfristigen Finanzplanung zustimmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!